



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 2. Sitzung des Seniorenbeirates (S/002/2019)

am Montag, 9. Dezember 2019,

09:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 2, 2. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 09:00 Uhr
Ende der Sitzung: 11:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender
Klaus Rentsch

Bürgerfraktion
Peter Bartels

abwesend: 11:10 Uhr - 11:45 Uhr

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Waldemar Peine
Dr. Peter Müller
Siegfried Müßig
Wolfgang Krusch
Dr. Fritz Michalczyk

abwesend: 11:30 Uhr - 11:45 Uhr

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Gudrun Böhmig
Jürgen Dudeck
Jürgen Eckoldt
Monika Fiedler
Bernd Grützner
Klaus Kummer
Gabriele Lohse
Evelyn Müller
Dr. Rotraut Sawatzki

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Dr. Sieglinde Hauffe
Gertraud Kasten
Dr. Stefan Ritter

Verwaltung:

Frau Hammer Sozialamt
Frau Seifert Sozialamt
Herr Tostmann Bürgermeisteramt

Gäste:

Frau Marschner	Stadträtin AfD-Fraktion
Frau Schewe	Stadträtin Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Klemm	BBZ BÜLOWH Loschwitz

Schriftführer/-in:

Frau Kinscher	SG Stadtratsangelegenheiten
---------------	-----------------------------

T A G E S O R D N U N G**öffentlich**

- 1 Vorlagen / Anträge
- 1.1 Barrierefreiheit im ÖPNV. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ermöglichen **A0009/19 beratend**
- 2 Berichte aus den Geschäftsbereichen / sonstige Berichte/Themen
- 3 Kontrolle der Festlegungen
- 4 Das PflegenetzNetz heute
- 5 Bedarfsgerechtes Wohnen für Haushalt mit geringem Einkommen (Senioren)
- 6 Stand der Bestellung einer/eines Seniorenbeauftragten für die Landeshauptstadt Dresden
- 7 Leben im Alter in der digitalen Welt - eine Herausforderung auch für Dresden
- 8 Arbeitsgrundlage für den Seniorenbeirat 2020 - Themen-Diskussion im Seniorenbeirat
- 9 Sonstiges

öffentlich

Einleitung:

Herr Rentsch begrüßt die Anwesenden und stellt die frist- und formgemäße Ladung fest. Zur Tagesordnung gibt es keine Änderungen und wird so angenommen.

1 Vorlagen / Anträge

1.1 Barrierefreiheit im ÖPNV. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ermöglichen

**A0009/19
beratend**

Den Antrag bringt **Herr Rentsch** kurz ein.

Herr Dudeck findet es sehr gut, dass auf Barrierefreiheit geachtet werde. Aus seiner Erfahrung als Begleitassistent bringt er zum Ausdruck, dass die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Helfer verbessert werden müssten.

Den Antrag an sich findet auch **Herr Dr. Müller** richtig, jedoch möchte er ergänzen, dass die Fahrzeuge tatsächlich mit visuellen und akustischen Informationssystemen ausgestattet werden sollten.

Unabhängig von dem Antrag sei ihm bei den Beschlussempfehlungen zu Vorlagen/Anträgen aufgefallen, dass Änderungen/Ergänzungen hervorgehoben bzw. gestrichen gekennzeichnet sind, dies sei jedoch nicht barrierefrei.

Herr Eckoldt bringt zum Ausdruck, dass es sich hier um die Ausstattung der Busse in Form der Verbesserung der Bewegungsbarrierefreiheit gehe.

Herr Rentsch ergänzt, dass in der Aufsichtsratssitzung der DVB AG im Dezember 2019 mitgeteilt worden sei, dass im Januar 2020 der erste Prototyp eines neuen Straßenbahnwagens der Bevölkerung vorgestellt, dann weitere angeschafft werden sollen und diese auf alle Fälle den Ansprüchen der älteren Menschen bzw. Menschen mit Behinderungen entsprechen werden.

Der Antrag sei sicherlich notwendig und richtig, meint **Frau Dr. Sawatzki**, sollte aber als Aufgabe an den neuen Seniorenbeirat gestellt werden, diesen dringlichst zu behandeln.

Ergänzen möchte **Frau Fiedler**, bei der DVB AG sei man hin und wieder einbezogen worden. Das Problem sei, dass der Regionalverkehr schlecht mit barrierefreien Bussen ausgestattet ist.

Herr Kummer unterstützt die Aussage von Herrn Dr. Müller zu den formalen Dingen und müsse berücksichtigt werden.

Bei einem Gespräch mit der DVB AG sei mitgeteilt worden, dass 80 % der Bushaltestellen nicht behindertengerecht sind, so **Herr Barthels**, diese müssten nachgerüstet werden.

Bei diesem Antrag gehe es um die Ausschreibungen in die Region hinaus, teilt **Herr Eckoldt** mit. Natürlich könne in den Antrag die Erweiterung von visuellen und akustischen Informationssystemen in den Fahrzeugen eingebracht werden.

Herr Dudeck weiß, dass in Chemnitz die Fahrzeuge mit den visuellen und akustischen Informationssystemen ausgestattet seien, sonst würden diese nicht gefördert. Von den Busfahrern bzw. Unternehmen würde dies jedoch nicht berücksichtigt.

Herr Eckoldt meint, dann müsste es einen Beschwerdeweg geben und er schlägt vor, die visuelle und akustische Information in den Fahrzeugen in den Antrag mit aufzunehmen.

Den Antrag der Ergänzung von Herrn Eckoldt bringt **Herr Rentsch** zur Abstimmung.

Die Mitglieder stimmen mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen zu.

Dem so geänderten Antrag stimmen die Mitglieder zu.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

bei der Ausschreibung von Busstrecken den Einsatz barrierefreier Busse mit Niederflurtechnik **sowie mit visueller und akustischer Fahrgastinformation** prioritär zu berücksichtigen. Das gilt auch für ein- und ausbrechende Linien auf dem Territorium der Landeshauptstadt Dresden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

2 Berichte aus den Geschäftsbereichen / sonstige Berichte/Themen

Keine.

3 Kontrolle der Festlegungen

Keine offenen Festlegungen.

4 Das PflegenetzNetz heute

Frau Hammer erläutert das Thema anhand einer Präsentation (Anlage), die im Rahmen der Veranstaltung „PflegeNetz“ am 6. Dezember 2019 durch die Verwaltung vorgestellt worden sei.

Herr Rentsch stellt die Frage, welches Mitglied des Seniorenbeirates im PflegeNetz vertreten sei.

Frau Dr. Sawatzki sei Mitglied in den Arbeitsgruppen „Pflegeplanung“ und „Pflegeüberleitung“.

Zum Thema „Kurzzeitpflege“ hätte **Herr Dudeck** widersprüchliche Aussagen gehört und bittet um Informationen zur Auslastung. Beim Thema „Tagespflege“ fragt er nach, ob sich die Stadt an der Finanzierung mit beteilige. Die „Prager Zeile - ASB-Beratungs- und Begegnungsstätte“ wird eingestellt, dafür eine Tagespflege errichtet und ihn interessiere, wie da die fachliche Begleitung sein wird.

Frau Hammer reicht die Antworten schriftlich nach.

Frau Dr. Sawatzki meint, eine ganz große Rolle spiele dabei die bedarfsgerechte Überleitung (bessere Zusammenarbeit der Hausärzte und Krankenhäuser) und die Forderung nach einem einheitlichen Pflegesatz.

Der Anteil der ausgebildeten Pflegekräfte lasse nach, äußert **Herr Peine** und fragt, ob die Stadt Einfluss auf dieses personelle Problem hätte.

Fachkräftemangel sei natürlich ein Thema, jedoch hätte die Stadt keine Eingriffsmöglichkeiten, so **Frau Hammer**. Es gebe jedoch Projekte, wo z. B. in Schulen angesetzt wird, um die Begeisterung für den Beruf wieder aufleben zu lassen, dies könne man sich für Dresden vorstellen. Die einzige Möglichkeit sei, als Steuerungsgruppe „PflegeNetz“ politisch zu werden und immer wieder zu mahnen, aber die Regelung an sich könne die Kommune nicht schaffen.

Herr Dr. Michalczyk hinterfragt zu dem finanziellen Fehlbetrag, der auftreten könne, welchen Einfluss der Seniorenbeirat als politisches Organ auf die Bundesebene hätte.

In den Haushaltsberatungen müssen mehr Mittel eingestellt werden, dafür sei der Seniorenbeirat mit verantwortlich, antwortet **Herr Rentsch**.

Herr Krusch erörtert ausführlich die Probleme bei der Einstellung von Pflegekräften in Einrichtungen. Es müsse eine Lösung gefunden werden, z. B. für die Pflege im Heim müsse ein größerer staatlicher Zuschuss sowie der Kranken- oder Pflegekassen kommen.

In der Arbeitsgruppe sei von einer Pflegedienstleiterin einer stationären Einrichtung mitgeteilt worden, dass in Einrichtungen Pflegebedürftige leben, die dort eigentlich nicht hingehören, entgegen **Herr Dr. Müller**. Es könne nicht die Aufgabe des Seniorenbeirates sein, die Anbieterinteressen zu vertreten. Dass ein Leben in Würde bis ans Lebensende im gewohnten Umfeld möglich sei, ist eine Grundvoraussetzung, darum müsse sich der Beirat kümmern. Er erwähnt positiv die Veranstaltung der Verwaltung zum „PflegeNetz“ am 6. Dezember 2019. Der Seniorenbeirat wäre relativ schwach vertreten gewesen, es wäre wünschenswert, sich mehr einzubringen. Geld sei wichtig, aber die Menschlichkeit für die Bewohner und für die Pflegenden bliebe häufig auf der Strecke. Bei der Tagespflege sei ein gutes Angebot entstanden und funktioniere schon vielerorts.

Mit der Teilnahme von drei Seniorenbeiratsmitgliedern sei man an der Veranstaltung zum „Pfle-geNetz“ gut vertreten gewesen, entgegnet **Herr Rentsch**.

Frau Böhmig stimme den Ausführungen von Herrn Krusch zu. Es fehlen generell grundsätzliche gesetzliche Regelungen und auch Pflegeschlüssel müssten geschaffen werden.

Ein Gast, **Frau Klemm** von der BBZ BÜLOWH Loschwitz meldet sich zu Wort und stellt die Frage, was sich hinter dem genannten Quartiersprojekt „Sorgende Gemeinschaft“ verberge.

Frau Hammer erläutert, Heime anders zu nutzen, als nur für die Bewohner klassisch zur Pflege, d. h. die Einrichtungen nach außen zu öffnen, um Impulse in alle Richtungen zu schaffen.

Ergänzen wolle **Herr Dr. Müller**, dass es darum gehe, in den Quartieren Wohnen und Pflege bes- ser zu verzahnen.

Es sollte auch über die ehrenamtlichen Nachbarschaftspfleger gesprochen werden, so **Herr Bar- thels**. In der Ortschaft Mobschatz sei es so, dass am Jahresende die Leistungen derer gewürdigt würden.

Herr Dudeck fand auch die Veranstaltung zum PflegeNetz sehr gut und auch die Pflegestammti- sche würden sehr gut angenommen. Er denkt, dass die Eigenanteile, die die Stadt übernehmen müsse, weiter steigen, d. h. das Budget des Sozialamtes würde noch stärker belastet werden. Er unterstützt die Aussage von Herrn Dr. Müller, mehr Mittel in die ambulante Pflege einzubringen und bittet um Information zum Stand „Aufwendungen der Stadt für die Eigenlei- stung/Sozialhilfe“.

Herr Grützner bittet in diesem Zusammenhang, das Thema „Eigenanteile“ betreffend, um In- formation, welche konkreten Mittel bereits kalkuliert/eingeplant seien.

Frau Hammer äußert, das Pflegebudget des Landes Sachsen in Höhe von 75.000 Euro würde für Projekte eingesetzt. Konkrete Zahlen könne sie nicht mitteilen, sie reiche die Antwort nach.

Zur „Prager Zeile“ erläutert **Herr Dudeck** und **Herr Rentsch** ergänzt, dass es ein Gespräch mit Herrn Großpietsch gegeben hätte. Die Situation dort sei so nicht hinnehmbar und Herr Groß- pietsch soll in eine Sitzung des Seniorenbeirates eingeladen werden. Das weitere Vorgehen soll nun mit Unterstützung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat behandelt werden.

Herr Dudeck äußert, die Voraussetzungen seien immer schlechter geworden und es sei gut, dass nun die Reißleine gezogen werde. Deshalb müsse nachgewiesen werden, wie die Mittel dort verwendet wurden. Die Stadt hätte hier Mittel ausgegeben, die an anderer Stelle fehlen würden und das sei unverantwortlich.

Man wolle nicht wieder die alte Diskussion aufkommen lassen, entgegnet **Herr Rentsch**. Die Mittel seien gut angelegt gewesen, ansonsten wäre die „Prager Zeile“ bereits vor zwei Jahren geschlossen worden.

5 Bedarfsgerechtes Wohnen für Haushalt mit geringem Einkommen (Senioren)

Frau Seifert bringt das Thema anhand einer Präsentation (Anlage) ein.

Um Zusendung der Präsentation an die Mitglieder bittet **Herr Rentsch**. Des Weiteren interessiert ihn, was die Stadt beim Leerstand von Wohnungen bei privaten Vermietern unternimmt.

Die Präsentation wird zur Verfügung gestellt, antwortet **Frau Seifert**. Es gebe einen Stadtratsbeschluss, in dem die Stadt vorbereiten soll, dass das Land Sachsen ein Zweckentfremdungsverbotsgesetz erlässt. Zweckentfremdung, dafür müssten zunächst erst einmal Grundlagen geschaffen werden, seien schwerpunktmäßig u. a. Ferienwohnungen und Leerstand. Zur Vorbereitung sei eine Studie in Auftrag gegeben worden, die prüft, wie viele Ferienwohnungen es in Dresden gebe und wie viele genutzt würden. Das Zweckentfremdungsgesetz müsse geschaffen werden, damit die Stadt bei Bedarf handeln könne.

Frau Müller fragt zur Berechnung des Mietpreises (Differenzierung zwischen ein bis acht Personen Haushalt), ob da bei den Personen zwischen Kindern und Erwachsenen unterschieden werde.

An dieser Beispielrechnung hätte **Frau Seifert** nichts differenziert. Wenn man konkret einen Wohnberechtigungsschein beantragt, dann würde das im Detail ausgerechnet, denn es gebe auch für Kinder Zuschläge.

Herr Barthels wiederholt die Aussage, dass 56.000 Haushalte Anspruch auf Kosten Unterkunft hätten. Vom Geschäftsbereich Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen sei mitgeteilt worden, dass der Anspruch deutlich höher, bei ca. 70.000 Haushalten liege. Die Wiedervermietungsmieten seien das Problem und müssen mit aufgenommen werden. Des Weiteren fragt er, ob über eine Übersicht von leerstehenden Wohnungen, die zu teuer sind, verfügt wird, ihm sei das nicht bekannt. Er wünsche sich hier von der Stadt klare und konkrete Auskünfte, was eine wirklich vermietbare Wohnung sei und wie hoch die Wiedervermietungsmieten sind.

Zu den 56.000 Haushalten antwortet **Frau Seifert**, dass dies Haushalte in den Einkommensgrenzen seien, die prinzipiell Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein hätten. Das Problem der darüber liegenden Haushalte werde immer als Problem der Schwellenhaushalte thematisiert, hier gebe es keine direkten Angebote. Bei den Wiedervermietungsmieten würden als Ausgangslage die Mietspiegelneuvertragsmieten genommen. Die Belegrechtswohnungen seien festgelegt. Auf Wohnungsunternehmen und Vermieter hätte das Sozialamt keinen Einfluss auf die Mietpreisgestaltung. Hilfe bei der Wohnungssuche heißt, dass man im Sozialamt, wenn man einen Wohnberechtigungsschein beantragt, gleichzeitig einen Antrag auf Wohnungsvermittlung stellen könne. Zum Leerstand von neuen Wohnungen, die zu teuer sind, könne sie keine Auskunft geben.

Herr Eckoldt meint, dass sei ein Thema, welches sehr viele Seniorinnen und Senioren berühre. Oft sei der Tausch von zu großen Wohnungen in kleinere auf Grund der Preisspannungen unattraktiv, weil der alte Mietvertrag oft günstiger sei als der neue. Darauf hätte die Stadt keinen Einfluss. Er weiß jedoch, dass es in einigen deutschen Städten möglich ist und fragt, ob das auch in Dresden angedacht sei.

In den Städten Berlin, Potsdam und Stuttgart gebe es Wohnungstauschplattformen, so **Frau Seifert** allerdings nur von Wohnungsunternehmen und erläutert. In Dresden hätte man das Problem bereits diskutiert. Die Genossenschaften sehen den Bedarf am Wohnungstausch zunächst nicht. Der quantitative Umfang der älteren Haushalte gegen zu große Wohnungen sei in Dresden überschaubar, bei den Mieterhaushalten vier Prozent. Einzelfälle bei den Genossenschaften seien möglich.

Frau Lohse stellt die Frage, ob die kommunale Wohnberatungsstelle bei den Anträgen auf Wohnungsvermittlung mit wirksam werde und ob dort auch Wohnungen zur Vermittlung bereitstehen.

Die Wohnungsvermittlung in belegungsgebundenen Wohnungsbestand gehe nur über das Sozialamt, antwortet **Frau Seifert**.

Die Wohnberatungsstelle unterstützt bei der Wohnungssuche und **Herr Dr. Müller** schläge vor, dass die Anfragen oder Einzelfälle dort gesammelt und so der Bedarf erfasst werde.

Frau Seifert nimmt den Vorschlag mit. Die Wohnberatungsstelle hätte bis jetzt mitgeteilt, dass der Bedarf bei ihr nicht angekommen sei.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Rentsch** beendet den Tagesordnungspunkt.

6 Stand der Bestellung einer/eines Seniorenbeauftragten für die Landeshauptstadt Dresden

Herr Tostmann berichtet zum Stadtratsbeschluss von März 2019 zur Einrichtung einer Stelle einer/eines Seniorenbeauftragten mit einem Umfang von 0,5 VZÄ. Geplant sei, die Stelle der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen von 0,5 VZÄ auf 0,75 VZÄ (Frau Scharf) ab 1. Januar 2020 aufzustocken. Um das auf eine Stelle von 1,0 VZÄ zu kompensieren, soll eine halbe Stelle aus den Stellenresten für einen/einen Sachbearbeiter/-in für Senioren geschaffen werden (voraussichtlich im ersten Quartal 2020). Er fasst nochmals zusammen, es gebe eine volle Stelle Behinderten- und Seniorenbeauftragte/-r, die jedoch nur zu einem dreiviertel wahrgenommen werde. Die halbe Stelle der Sachbearbeiterin/des Sachbearbeiters sei möglicherweise nur befristet.

Wie lange ist die Stelle von Frau Scharf auf 0,75 VZÄ orientiert, fragt **Herr Kummer**?

Das sei noch nicht bekannt, so **Herr Tostmann**.

Herr Dr. Müller appelliere, dringend die Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat zu suchen und ihn mit einzubinden.

Mit Sicherheit werde Frau Scharf auf den Beirat zugehen, meint **Herr Tostmann**.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

7 Leben im Alter in der digitalen Welt - eine Herausforderung auch für Dresden

Frau Dr. Sawatzki übergibt den Mitgliedern den schriftlichen Bericht (Anlage) und informiert ausführlich darüber. Sie wünsche sich, dass der „neue“ Seniorenbeirat sich dieses Themas annehme.

Das Thema werde für den „neuen“ Seniorenbeirat mitgenommen, so **Herr Rentsch**.

Frau Fiedler unterstützt sehr, dieses Thema weiter mitzunehmen und erläutert aus eigener Erfahrung von der Umstellung von Programmen an ihrem PC, dass dies nicht einfach sei.

Herr Rentsch könne dies nur bestätigen und berichtet über ein Projekt des Benno-Gymnasiums („Oma und Opa ans Netz“) und fand dies sehr gut.

Leipzig sei etwas weiter, dort würden bereits digitale Stammtische für Seniorinnen und Senioren angeboten, ergänzt **Frau Dr. Sawatzki**.

Herr Dr. Müller regt an, das Thema in die Begegnungsstätten mitzunehmen.

Über ein anderes Projekt der Computerarbeit bei älteren Menschen in Hoyerswerda informiert **Frau Lohse**, welches von Schülerinnen und Schülern ins Leben gerufen worden sei.

Das sei bereits zum Bundesprojekt geworden, fügt Frau **Dr. Sawatzki** hinzu und komme von der Seniorenvertretung Hoyerswerda. Das Projekt sei auch bepreist worden bei der Ausschreibung der Staatskanzlei zum Generationenpreis im März 2020.

Herrn Peine missfalle die Formulierung „digitale Welt“, das gebe es nicht und erörtert umfangreich.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht und **Herr Rentsch** beendet den Tagesordnungspunkt.

8 Arbeitsgrundlage für den Seniorenbeirat 2020 - Themen-Diskussion im Seniorenbeirat

Herr Rentsch bittet die Mitglieder, bis Weihnachten 2019 Wünsche/Anregungen elektronisch an ihn zu senden, um den Arbeitsplan für die Sitzungen des Seniorenbeirates im Jahr 2020 vorzubereiten.

Des Weiteren schlägt er vor, einige Sitzungen außerhalb des Rathauses, wie z. B. in Pflegeheimen, durchzuführen. Zur ersten Sitzung am 20. Januar 2020 sei vorgesehen, den Oberbürgermeister einzuladen.

Herr Kummer empfindet, dass der Beirat nicht richtig wahrgenommen würde, nennt als „unschönes“ Beispiel das Pflaster auf dem Altmarkt sowie den Neumarkt (Brücken für Kabel und Leitungen) und erläutert ausführlich.

Herr Rentsch bringt zum Ausdruck, dass die Vorbereitungen durch den Seniorenbeirat manchmal unzureichend seien.

Frau Stadträtin Schewe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, meldet sich zu Wort, sie hätte sich als Seniorenbeiratsmitglied beworben und hoffe, dass die Fraktionen zukünftig mehr Enthusiasmus an den Tag legen. Zum Altmarkt sagt sie aus, dass von der CDU-Fraktion ein Antrag eingereicht werde, der dort geschnittenes Pflaster vorsieht und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würden dem zustimmen.

Zum Altmarkt merkt **Frau Fiedler** an, dass der Entwurf aus einem Wettbewerb entstanden sei. Dies berge in sich bereits ganz große Probleme, wenn eine Veränderung vorgenommen werden soll. Das sollte bei künftigen Wettbewerben beachtet werden.

Herr Krusch ergänzt zu den Ausführungen von Herrn Kummer, dass er große Hoffnungen bei der Einbringung der Fraktion hege.

Der CDU-Antrag könne ein Problem bekommen, entgegnet **Herr Grützner**, weil sich seines Erachtens die Stadtverwaltung bereits festgelegt hätte. Er fände es besser, wenn sich mehrere Fraktionen an dem Antrag beteiligen würden.

Herr Rentsch hätte bereits über den Antrag drei Mal im Stadtrat gesprochen und hatte das gute Gefühl, dass dieser so angenommen werde. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterbreitete im Stadtrat einen Vorschlag, welchen die Fraktionen dann unterstützten. Man werde sehen, was in der Stadtratssitzung am 12. Dezember 2019 beschlossen wird.

Herr Grützner spricht über Anträge des Seniorenbeirates und die Unterstützung der Fraktionen und **Herr Rentsch** bringt zum Ausdruck, dass die Mitglieder jederzeit unterstützend wirken können, aber die Anträge nur von den Fraktionen eingebracht werden können.

In seiner Fraktion hätte **Herr Peine** auf den Ersetzungsantrag von Herrn Kummer hingewiesen. Es sei enttäuschend, wie der Seniorenbeirat Beachtung findet und schlägt vor, dies schriftlich kundzutun.

Herr Rentsch bittet Herrn Peine, ein Schreiben zu erstellen und es ihm zuzuschicken.

Es sei nicht einfach, mit den Fraktionen in Verbindung zu treten, entgegnet **Herr Müßig**.

Frau Fiedler informiert über die Sprechstunde des Oberbürgermeisters am 7. Dezember 2019, an der sie teilnahm. Dort sei auch das Thema Altmarkt angesprochen und mitgeteilt worden, dass das Thema nun mal beendet werden soll und der Stadtrat entscheiden müsse.

Mit der Seniorenbeauftragten sei eine andere Arbeitsweise möglich, erklärt **Herr Kummer**, da die Beauftragten dem Oberbürgermeister unterstellt sind. Hier könne eine verbesserte Einflussnahme für den Beirat erreicht werden.

Herr Eckoldt gehe davon aus, dass die Seniorenbeauftragte an den Sitzungen des Beirates teilnimmt, entsprechend mit dem Beirat eng zusammenarbeitet und dann am Tisch des Oberbürgermeisters die Themen vortragen wird.

Das sei völlig korrekt und **Herr Rentsch** hofft, dass der Beirat dadurch auch Informationen zu Themen erhalten wird, die sonst an dem Beirat vorbeigegangen seien. Viele Vorlagen erreichen den Beirat nicht, weil dieser einen Sitzungsrythmus von zwei Monaten hat.

Er informiert er über das Grußwort des Beirates in der Broschüre „Herbstzeit“.

Des Weiteren bittet er darum, ihn über besondere Ereignisse (u. a. Tod der/des Ehegattin/Ehegatten) von Mitgliedern, zu informieren.

9 Sonstiges

Keine Themen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und die Sitzung schließt **Herr Rentsch**.

Klaus Rentsch
Vorsitzender

Kerstin Kinscher
Schriftführerin

Monika Fiedler
Mitglied

Klaus Kummer
Mitglied

Anlagen